

Regierungserklärung und Staatsschuldenkrise

Euro-Schuldenkrise an der Wurzel packen

Die christlich-liberale Koalition setzt sich weiter konsequent dafür ein, dass die Ursachen der Staatsschuldenkrise wirksam bekämpft werden. Noch vor der Sommerpause des Bundestags sollen der Fiskalpakt und der ESM beschlossen werden, um keine wertvolle Zeit zu verlieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte in ihrer Regierungserklärung zum bevorstehenden G20-Gipfel die anderen Staaten der Euro-Zone dazu auf, die Krise an der Wurzel zu packen.

Der Bundestag hat sich in dieser Woche mit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer Anfang nächster Woche im mexikanischen Los Cabos befasst. In der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) haben sich seit dem Jahr 1999 19 Staaten und die Europäische Union zusammengeschlossen und ein gemeinsames Forum für die Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems gebildet. Die G20 hat sich seither als zentrales Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit etabliert. Vor dem diesjährigen Treffen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zum G20-Gipfel im Bundestag erneut betont, dass die Europäische Staatsschuldenkrise nur überwunden werden kann, wenn auch deren Ursachen konsequent bekämpft werden.

Die Koalitionsfraktionen haben sich deshalb in den vergangenen Wochen mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt noch vor der Sommerpause gemeinsam im Bundestag behandelt werden – mit Erfolg: Beide Verträge sollen nun am 29. Juni vom Bundestag abschließend beraten werden. Mit dem Fiskalvertrag verpflichten sich – mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik – alle EU-Mitgliedstaaten zur Einhaltung strenger Obergrenzen für

ihre Staatsschulden. Werden diese überschritten, wird künftig automatisch ein Defizitverfahren ausgelöst. Durch die Einführung verbindlicher Schuldenbremsen stellt der Fiskalpakt eine ganz entscheidende Weichenstellung für die Stabilisierung des Euro dar. Gleichzeitig sollen mit dem ESM unter streng definierten Auflagen zahlungsunfähige Mitgliedstaaten der Eurozone finanziell mit Krediten der Gemeinschaft der Euro-Staaten unterstützt werden. Die gemeinsame Ratifizierung von Fiskalvertrag und ESM stellt somit einen ganz entscheidenden Schritt bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise dar.

Die christlich-liberale Koalition ist weiter davon überzeugt, dass sich Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Europa nur mit Haushaltskonsolidierungen und Strukturreformen erreichen lassen – und nicht mit einer Vergemeinschaftung von

Schulden in der Eurozone. Durch die Kombination von strenger Haushaltskontrolle und einem Sicherungsmechanismus kann eine entscheidende Grundlage für eine echte Stabilitätsunion in Europa geschaffen werden. Deshalb hält die CSU-Landesgruppe an ihrer Strategie der schrittweisen Bewältigung der Europäischen Staatsschuldenkrise fest und setzt weiter auf Haushaltskonsolidierung, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Stabilisierung der Finanzmärkte – denn wir sind davon überzeugt, dass Wachstum und Haushaltskonsolidierung in Europa Hand in Hand gehen müssen.

Solide Haushaltspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die Opposition hat heute im Bundestag gezeigt, dass sie nicht einmal oppositionsfähig ist. Mit einem Geschäftsordnungstrick haben SPD, Grüne und Linke die wichtige 1. Lesung zum Betreuungsgeld verhindert. Es ist beschämend, mit einem vorsätzlichen politischen Foulspiel eine wichtige familienpolitische Debatte im Bundestag zu sabotieren.



Die Opposition führt seit Wochen in Talkshows eine Kampagne und verweigert im Bundestag die Diskussion. Der Ort für Debatten ist aber das Parlament. Unabhängig davon, welche Ansichten man in der Familienpolitik vertritt, es muss möglich sein, diese im gewählten Parlament auszutauschen. Wer das Wesen der Demokratie so mit Füßen tritt, disqualifiziert sich für die Aufgabe als Abgeordneter.

Die Opposition wird sich nicht dauerhaft der Debatte über ein modernes, staatsfernes Erziehungsmodell und Familienbild entziehen können und auch im Bundestag Farbe bekennen müssen. Unsere Sicht ist klar: Über die Art der Kinderbetreuung entscheiden alleine die Eltern. Es ist unser Grundverständnis, dass der Staat nicht bewertet, wie zu erziehen ist. Wer dieses Familienbild teilt, für den wird das Betreuungsgeld unverzichtbar. Denn wir können nicht auf der einen Seite den Anspruch auf einen staatlichen Kitaplatz für Kinder ab 12 Monaten schaffen und auf der anderen Seite die Familien alleine lassen, die ihr Kind in einem solch frühen Alter nicht in eine Kita geben wollen. Deshalb ist der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz untrennbar mit dem Betreuungsgeld verbunden. Eltern haben bei der Kinderbetreuung die freie Wahl zwischen zwei Modellen: Privat oder staatlich organisiert.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Wettbewerb weiter stärken

Regierung verbessert Stellung der Verbraucher

Der Bundestag hat in dieser Woche in erster Lesung einen Entwurf der Bundesregierung beraten, mit dem das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung geändert werden soll. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, die Stellung der Verbraucher durch Änderungen im Wettbewerbsrecht umfassend zu verbessern, die Vorschriften transparenter und effizienter zu gestalten sowie kleinere und mittlere Tankstellenbetreiber zu stärken.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat bereits im Jahreswirtschaftsbericht 2011 angekündigt, zur Stärkung des Wettbewerbs in allen Bereichen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu reformieren. Das GWB hat sich mit seinen allgemeinen, sektorübergreifend geltenden kartellrechtlichen Vorschriften grundsätzlich bewährt. Gleichwohl wurde aber auch Verbesserungspotential festgestellt. Dieses soll durch den in dieser Woche im Bundestag behandelten Gesetzentwurf der Bundesregierung nun genutzt werden. Die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen sollen mit der Novelle weiter optimiert sowie die Durchsetzung

des GWB noch effizienter gestaltet werden. Dafür sieht der Gesetzentwurf vor, das kartellrechtliche Bußgeldverfahren transparenter zu gestalten und die Betreiber kleiner und mittlerer Tankstellen durch die Verlängerung des Verbots der „Preis-Kosten-Schere“ zu stärken. Die Preis-Kosten-Schere verhindert, dass große Mineralölkonzerne kleine und mittlere Konkurrenten im Wettbewerb behindern, indem sie ihnen Kraftstoffe zu einem höheren Preis liefern, als sie selbst an ihren eigenen Tankstellen von den Autofahrern verlangen. Auch im Bereich der Fusionskontrolle, der Missbrauchsaufsicht und des Verfahrens bei Kartellverstößen sind Gesetzesänderungen vorgesehen.

So soll die Novelle die Unterschiede zwischen der deutschen und der europäischen Fusionskontrolle verringern und zukünftig eine weitgehend gleichlaufende Beurteilung von Fusionsvorhaben auf deutscher und europäischer Ebene ermöglichen. Gleichzeitig soll mit der Novelle der Handlungsspielraum kleiner und mittlerer Presseunternehmen erweitert und die Missbrauchsvorschriften einfacher und verständlicher ausgestaltet werden. Die Position der Verbraucherverbände soll durch eine angemessene Beteiligung an der privaten Kartelldurchsetzung verbessert werden. Außerdem soll eine Preismissbrauchsvorschrift für marktbeherrschende Strom- und Gasanbieter verlängert werden.

Diese Woche

Regierungserklärung und Staatsschuldenkrise Euro-Schuldenkrise an der Wurzel packen	1
Wettbewerb weiter stärken Regierung verbessert Stellung der Verbraucher	2
Koalition schließt Lücken im Jugendstrafrecht Warnschussarrest für junge Straftäter	2
Bundeswehrreform Reform sozial-verträglich gestalten	3
Außenpolitik Russland ist wichtiger Partner für Deutschland	3
Echte Wahlfreiheit für junge Familien Betreuungsgeld für ein familienfreundliches Deutschland	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Koalition schließt Lücken im Jugendstrafrecht

Warnschussarrest für junge Straftäter

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag am Donnerstag einem Gesetzentwurf der christlich-liberalen Koalition zur Reform des Jugendstrafrechts zugestimmt. Dieser sieht vor, dass ein sogenannter „Warnschussarrest“ eingeführt und das Höchstmaß der Jugendstrafe auf insgesamt 15 Jahre angehoben wird.

Die Gesamtzahl der als tatverdächtig registrierten Jugendlichen und Heranwachsenden ist in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Gleichzeitig haben jedoch gewalttätige Übergriffe Jugendlicher stark zugenommen. Insbesondere Meldungen über Gewalttaten junger Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen erschrecken zunehmend die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Die Sanktionsmöglichkeiten des Jugendstrafrechts gegen solche jugendliche Gewalttäter haben in der Vergangenheit nicht immer ausgereicht, um die jungen Straftäter von der Begehung weiterer Gewalttaten abzuhalten. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, das Jugendstrafrecht zu reformieren und die Handlungsmöglichkeiten der Jugendrichter zu verbessern.

Mit dem in dieser Woche vom Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf wird nun ein weiterer Teil des Koalitionsvertrags umgesetzt und unter anderem ein Jugendarrest eingeführt. Der sogenannte „Warnschussarrest“ kann zur Abschreckung künftig gegen jugendliche Straftäter verhängt werden, die zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurden. Dadurch besteht die Möglichkeit, dem jungen Straftäter bereits frühzeitig durch eine Inhaftierung von bis zu vier Wochen deutlich die Konsequenzen seines Tuns vor Augen zu führen. Um dem Ausmaß der Schuld junger Intensivtäter besser gerecht zu werden, hat die christlich-liberale Koalition in dem Gesetz auch vorgesehen, dass die Höchststrafe für Mordverbrechen Heranwachsender erhöht wird – von bislang 10 Jahre auf zukünftig 15 Jahre Jugendstrafe.

Bundeswehrreform

Reform sozial- verträglich gestalten

Der Bundestag hat am Donnerstag das Bundeswehrreform-Begleitgesetz verabschiedet und dadurch die Rahmenbedingungen für die Bundeswehrreform geschaffen.

Der Umfang der Bundeswehr soll in den kommenden Jahren auf rund 185.000 Soldaten reduziert werden. Vorgesehen ist, dass zukünftig in den Streitkräften bis zu 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende dienen. Mit dem in dieser Woche beschlossenen Gesetz werden nun auch die personalrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bundeswehrreform geschaffen. Um den Personalabbau möglichst schnell und sozialverträglich zu gestalten, sollen für Berufssoldaten, Beamte und zivilen Beschäftigte andere Einsatzmöglichkeiten gesucht und ihnen gezielte Anreize zur freiwilligen Beendigung ihres Dienstverhältnisses geboten werden. Damit leistet die Koalition einen substantiellen Beitrag zum Gelingen der Neuausrichtung der Bundeswehr.

Außenpolitik

Russland ist wichtiger Partner für Deutschland

Gleich zweimal innerhalb von 14 Tagen hat die CSU-Landesgruppe die aktuelle Entwicklung in Russland in den Blick genommen: Nachdem die Vorsitzende, Gerda Hasselfeldt, Ende Mai mit einer Delegation zu außen- und wirtschaftspolitischen Gesprächen nach Moskau gereist war, stand jetzt der Gegenbesuch von russischen Parlamentariern in Berlin an.



Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt mit Abgeordneten der russischen Staatsduma in dieser Woche im Deutschen Bundestag

Auf dem Programm der Delegation in Moskau stand neben Gesprächen mit russischen Abgeordneten auch ein Austausch mit deutschen Wirtschafts- und Medienvertretern sowie mit russischen Nachwuchspolitikern und Wahlbeobachtern. „Russland ist und bleibt für Deutschland ein sehr wichtiger Wirtschafts- und Sicherheitspartner“, so die CSU-Landesgruppenvorsitzende. Die innenpolitischen Entwicklungen in Russ-

land hätten Auswirkungen auf die politischen Beziehungen beider Länder. „Beeindruckt haben mich der deutliche Wunsch unserer Gesprächspartner nach einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland ebenso wie das große Engagement der jungen Aktivisten, die mit Nachdruck ihre Bürgerrechte einfordern“, so Gerda Hasselfeldt. Der Delegation um die Landesgruppenvorsitzende gehörten auch der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Dr. Georg Nüßlein, sowie Justiziar Dr. Wolfgang Götzler und der Rechtspolitiker Norbert Geis an.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Abgesang

DIE LINKE zerfleischt sich weiter. Vor dem Göttinger Parteitag sprossen die Vorstandskandidaten wie die Krokusse nach der Schneeschmelze, in Göttingen selbst herrschte brutale Eiszeit. Zwar hatte der „Napoleon von der Saar“ seine Kandidatur zurückgezogen, ebenso wie seine Lebensgefährtin Sahra Wagenknecht. Doch mit Bernd Riexinger steht nun ein weiterer Zögling Lafontaines an der Parteispitze. Politisch ist Riexinger gegen alles, was auch nur im Ansatz mit der Reform des Sozialstaates und seiner Zukunftssicherung zu tun hat. Und seinen Triumph über den Ostdeutschen Dietmar Bartsch haben seine Anhänger freundlicherweise mit dem Absingen des Antifa-Kampfliedes „Ihr habt den Krieg verloren“ gefeiert – eine Hassgeste mit Langzeitwirkung. Wir kommentieren frei nach Willy Brandt: Da wächst auseinander, was nicht in den Bundestag gehört.

Farbenlehre

Die Nachwuchsorganisation der Grünen, die „Grüne Jugend“, macht mal wieder mit einer besonders brillanten Idee von sich reden: mit einer Anti-Patriotismus-Kampagne. Während die Deutschen zur Fußball-EM das Land in ein schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer verwandeln, vertreiben die Trittins und Roths von morgen im Internet einen Aufkleber, auf dem eine kleine Sonne eine durchgestrichene deutsche Flagge hochhält, umfasst von dem Slogan „Patriotismus? Nein danke!“ Das ist im Grundsatz nichts Neues: Schon die Fußball-WM 2006 hatten Linksextremisten dazu missbraucht, Tausende schwarz-rot-goldener Fahnen zusammenzuklauen und mit Bohei zu verbrennen. Der Grünen-Aufkleber wurde bereits zur WM 2010 gedruckt, wird aber auch in diesem EM-Sommer angeboten. Die Farbenlehre ist klar, statt schwarz-rot-gold muss es heißen: Grün hinter den Ohren, tiefrot im Kopf.

Oh là là

Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte – diesmal nicht! Valérie Trierweiler ist als Lebensgefährtin des Sozialisten François Hollande nicht nur neue französische First Lady. Sie ist auch die „Nachfolgerin“ der Ex-Präsidentenskandidatin Ségolène Royal, die mit Hollande aus einer früheren Beziehung vier Kinder hat. Kurz vor der zweiten Runde der französischen Parlamentswahlen gab es nun Wahlkampf à la française: Über den Kurznachrichtendienst Twitter rief die First Lady die Bürger des Atlantikstädtchens La Rochelle dazu auf, nicht für Royal, sondern für deren Gegenkandidaten Olivier Falorni zu stimmen – einen „abtrünnigen“ Sozialisten. Monsieur Hollande hingegen, immerhin Präsident der Republik, hatte kurz zuvor um Unterstützung für Royal geworben. Die französischen Medien sprechen von „Trierweilergate“. Wir sagen einfach: Oh là là!

Echte Wahlfreiheit für junge Familien

Betreuungsgeld für ein familienfreundliches Deutschland

Das Betreuungsgeld ist wesentlicher Bestandteil einer christlich orientierten Familienpolitik und ein wichtiges Instrument zur Unterstützung junger Familien – denn es schafft echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich deshalb weiter mit Nachdruck für das Betreuungsgeld ein – mit Erfolg: in dieser Woche haben die Koalitionsfraktionen beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Einführung des Betreuungsgeldes in den Deutschen Bundestag einzubringen.

Die christlich-liberale Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, junge Familien bei der Kindererziehung zu unterstützen und deshalb bereits einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gesetzlich verankert. Dadurch haben wir schon eine Möglichkeit geschaffen, mit der Familie und Beruf erfolgreich miteinander vereinbart werden können. Daneben muss der Staat aber auch die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern honorieren, die auf einen staatlich geförderten Betreuungsplatz verzichten. Denn wenn der Staat den Ausbau öffentlicher Krippen mit durchschnittlich rund 1.000 Euro monatlich pro Krippenplatz finanziell fördert, müssen Eltern nach Überzeugung der CSU-Landesgruppe auch bei der privaten Kinderbetreuung finanziell unterstützt werden.

Das Betreuungsgeld ist nicht nur eine notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung, es ist sogar ein Gebot der Gerechtigkeit – denn auch diejenigen Eltern müssen staatliche Unterstützung erhalten, die sich bewusst dafür entscheiden, die Erziehung ihres Kindes eigenständig in die Hand zu nehmen. Mit dem Betreuungsgeld kann jede Familie die Betreuung ihrer Kinder ganz nach den eigenen Bedürfnissen organisieren und wird so bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebensplanung unterstützt. Deshalb setzen sich die christlich-sozialen Abgeordneten weiter konsequent dafür ein, dass das Betreuungsgeld nun zügig umgesetzt und wie geplant zum Jahr 2013 eingeführt wird – schließlich ist das Betreuungsgeld nicht nur im Koalitionsvertrag vereinbart, es

wurde auch schon in der letzten Wahlperiode von der Großen Koalition gesetzlich verankert. Der in dieser Woche von den Koalitionsfraktionen beschlossene Gesetzentwurf sieht vor, dass Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, ab dem Jahr 2013 mit 100 Euro pro Monat, ab dem Jahr 2014 mit 150 Euro monatlich bei der Betreuung ihrer Kinder in ihrer individuellen Planung unterstützt werden. Denn moderne Familienpolitik bedeutet für die CSU-Landesgruppe, verschiedene Lebensentwürfe zu unterstützen und eine echte Wahlfreiheit zu schaffen. Mit dem Betreuungsgeld tragen wir dazu bei, dass Deutschland ein familienfreundliches Land bleibt und die Arbeitswelt sich den Bedürfnissen der Familien anpasst - und nicht umgekehrt.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Entbürokratisierung

Der Vollzug des Elterngelds soll erheblich vereinfacht werden – das hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag beschlossen. Seit dem 1. Januar 2007 können Eltern für Geburten das Elterngeld erhalten und damit in der Zeit nach der Geburt ihren Lebensunterhalt bestreiten. Das Elterngeld ersetzt 67 Prozent des nach der Geburt wegfallenden Erwerbseinkommens – bis maximal 1800 Euro monatlich. Kernelement des Elterngelds ist damit die dynamische Leistung nach dem jeweiligen Erwerbseinkommen. Die Ermittlung des Einkommens erfordert jedoch einen hohen Verwaltungsaufwand. Um die Leistung auch zukünftig zeitnah zur Geburt erbringen zu können, werden die Steuern und Abgaben bei der Berechnung des Einkommens zukünftig pauschaliert. Durch diese sog. „pauschalierte Nettoberechnung“ werden Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung entlastet.



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

Bundesverdienstkreuz

Dr. h.c. Hans Michelbach wurde in dieser Woche mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die von Bundespräsident Joachim Gauck verliehene Auszeichnung wurde ihm stellvertretend für die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft überreicht. Diese beschäftigt mehr als 70 Prozent der Arbeitnehmer und über 90 Prozent der Auszubildenden. Damit trägt der Mittelstand wesentlich zum Erfolg des Wirtschaftsstandorts Deutschland bei.

Nachtragshaushalt

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche den Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2012 festgestellt. Mit dem Nachtragshaushalt werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Deutschland bereits in diesem Jahr die Einzahlung der ersten beiden Raten am Eigenkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) leisten kann. Trotz des deutschen Eigenanteils am ESM von insgesamt rund 8,7 Milliarden Euro wird die Neuverschuldung in diesem Jahr – gegenüber dem Regierungsentwurf des Nachtrags von 34,8 Milliarden Euro – auf 32,1 Milliarden Euro sinken. Diese erfreuliche Entwicklung ist den gestiegenen Steuereinnahmen, den geringeren Zinsausgaben und der guten Entwicklung des Arbeitsmarkts zu verdanken. Die christlich-liberale Koalition nutzt mit dem Nachtragshaushalt die Steuermehreinnahmen vollständig zur Absenkung der Neuverschuldung.